

Andreas Wiedemann

Deutsche als Opfer? Zur tschechischen Debatte über Vertreibung und Gewalttaten nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in den letzten rund 15 Jahren in Tschechien immer stärker in den Fokus der medialen und öffentlichen Debatte gerückt. Zahlreiche Schriftsteller, Künstler, Theatermacher und jüngere Historiker haben sich mit diesem Thema, aber auch mit der Geschichte der Deutschen in Tschechien und den tschechisch-deutschen Beziehungen allgemein befasst. Diese intensive Auseinandersetzung lässt sich zum Beispiel an der Medienberichterstattung sowie an vielfältigen Aktivitäten verschiedener Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zeigen, etwa an der Gründung von Institutionen wie der Bürgervereinigung Antikomplex und der gemeinnützigen Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtung Collegium Bohemicum in Ústí n.L. (Aussig).

Der folgende Beitrag richtet sein Hauptaugenmerk auf Initiativen und Ereignisse, die in den vergangenen Jahren in Tschechien breitere gesellschaftliche und politische Diskussionen zur Folge hatten. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern bietet einen ersten Überblick über einige Stationen der Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit in Massenmedien, Filmen und Kunstwerken. Um die tschechische Historiografie, die sich seit langem mit Vertreibung, Wiederbesiedlung und deren Folgen beschäftigt, geht es dabei nur am Rande. Allerdings lässt sich die Geschichtswissenschaft nicht vollständig ausblenden, da insbesondere in die Aktivitäten der vorgestellten Organisationen und Institutionen Historiker und andere Wissenschaftler

entweder involviert sind oder es sich bei ihnen sogar um wissenschaftliche Einrichtungen handelt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und tschechische Vergangenheitspolitik

Einer der ersten und inzwischen wohl auch prominentesten zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich einer kritischen Auseinandersetzung mit der tschechischen Geschichte und vor allem der Nachkriegszeit verschrieben haben, ist die Bürgervereinigung Antikomplex. Die 1998 gegründete Organisation will vor allem den deutsch-tschechischen Dialog über die gemeinsame Vergangenheit fördern. Sie organisiert Ausstellungen, öffentliche Debatten, gibt Bücher im Eigenverlag heraus, beteiligt sich an Projekten für Schulen etc. Das Projekt „Verschwundenes Sudetenland / Zmizelé sudety“, das eine Wanderausstellung und ein in mehreren Auflagen veröffentlichtes Buch hervorbrachte, ist eine der bekanntesten Aktivitäten der Gruppe. Dabei werden alte Fotografien aus den ehemals vor allem von Deutschen besiedelten Grenzregionen der böhmischen Länder mit heutigen Aufnahmen verglichen, die aus der gleichen Perspektive aufgenommen wurden. So lässt sich nachvollziehen, welche tiefgreifenden Folgen die Vertreibung der Deutschen für viele Dörfer und Gebiete hatte.

In Zusammenarbeit mit der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien gab Antikomplex zudem das Buch „Zůstali tu s námi / Bei uns verblieben“ über im Lande gebliebene Deutsche bzw. die deutsche Minderheit im heutigen Tschechien heraus. Darin wird auf der Grundlage von Interviews die Identität der Deutschen in Tschechien thematisiert. Auf diese Weise wird offensichtlich, dass die Frage einer nationalen oder ethnischen „Identität“ in Tschechien nicht so einfach zu beantworten

ist. Laut dem Gründer von Antikomplex, Ondřej Matějka, steht dies im Widerspruch zur gängigen tschechischen Meinung, wonach relativ eindeutig bestimmt werden könne, wer Deutscher und wer Tscheche sei. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei nach vermeintlich eindeutigen Kriterien entschieden worden, wer als Deutscher galt und wer nicht und wer in der Tschechoslowakei bleiben durfte und wer nicht. Diese Kriterien stelle das Buch infrage: „Damit wollen wir auch das Identitätskonzept in Tschechien hinterfragen und zu eigenen Überlegungen anregen“, so Matějka in einem von Radio Prag am 4. Juli 2013 gesendeten Beitrag.

In einem weiteren von Antikomplex veröffentlichten Buch „Sudetské příběhy / Sudetengeschichten“ erzählen vertriebene Deutsche, Deutsche, die in der Tschechoslowakei bleiben konnten, und Tschechen, die als Neusiedler in die Grenzgebiete kamen, ihre Lebensgeschichten. Dabei können tschechische Leser unter anderem Informationen über die Probleme und Umstände des Neuanfangs im zerstörten Nachkriegsdeutschland gewinnen; für (sude-ten-)deutsche Leser wird wiederum deutlich, dass das Leben im Grenzgebiet für die tschechischen Neusiedler nicht nur Vorteile brachte. Neben der Beschäftigung mit solchen Projekten schalten sich die Mitglieder von Antikomplex zudem wiederholt in aktuelle vergangenheitspolitische Debatten ein und melden sich in Zeitungskomentaren zu Wort.

Eine ähnliche Zielrichtung wie Antikomplex besitzt die gemeinnützige Institution Collegium Bohemicum in Ústí n.L. (Aussig). Sie wurde 2005 gegründet und widmet sich der Geschichte der deutschsprachigen Bewohner in den böhmischen Ländern. Ihr größtes Projekt ist eine sich in Vorbereitung befindliche Dauerausstellung zu diesem Thema. Im Mittelpunkt steht dabei die Botschaft, dass Deutsche jahrhundertlang ein fester Bestandteil der böhmischen Länder waren und damit auch deren kulturelles Erbe prägten. Die Ausstellung soll sich daher nicht nur auf das Ende des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen konzentrieren, sondern alle Bereiche der deutsch-

tschechien (Konflikt-)Gemeinschaft beleuchten und die tschechische Gesellschaft zur Reflexion über diese Geschichte anregen. Der Ausstellungskurator Jan Šícha beschrieb das Konzept in einer von Radio Prag am 29. September 2014 ausgestrahlten Sendung wie folgt:

„Wir haben eine offene europäische Ausstellung vorbereitet. Wir beschreiben 800 Jahre Zusammenleben von Deutschen und Tschechen. Für uns sind die interessantesten Momente die der Inspiration: Reformation, Jan Nepomuk, Industrialisierung, Prager deutsche Literatur. Das ist unsere Vorstellung. Eine Gegenvorstellung [...] wäre eine Ausstellung zum deutsch-tschechischen Konflikt – also erst ab dem 19. Jahrhundert, die Zeit der nationalen Bewegung und Konfliktgeschichte.“

Das geplante Ausstellungskonzept wurde in den letzten Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten vorgestellt. Kritik kam unter anderem vom Tschechischen Verband der Freiheitskämpfer (Český svaz bojovníků za svobodu), der eine Verwischung der Unterschiede zwischen den Verursachern des Zweiten Weltkriegs und deren Opfern unterstellt. Mit diesem Vorwurf werden, wie im Folgenden gezeigt werden wird, immer wieder Projekte zur deutsch-tschechischen Verständigung angegriffen, die das etablierte tschechische Geschichtsbild infrage stellen.

Im Juni 2011 wurde nach mehrjähriger Renovierung das Stadtmuseum in Ústí n. L. wiedereröffnet, in dem die Ausstellung untergebracht werden soll. Mit 1.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche wird sie den größten Teil des Gebäudes einnehmen. Eigentlich sollte die Eröffnung bereits 2012 erfolgen, wegen der ungeklärten Finanzierung verzögert sich die Umsetzung aber immer wieder. Petr Nečas von der Demokratischen Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS) kündigte unter anderem bei seinem ersten offiziellen Besuch als Ministerpräsident in München im März 2013 an, das Collegium Bohemicum zu unterstützen. Auch die folgende Mitte-Links-Regierung von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka sagte ihre Unterstützung zu und

plante im Staatshaushalt für das Jahr 2015 48 Millionen Kronen für die Realisierung der Dauerausstellung ein.

Ein erstes großes unter Beteiligung des Collegium Bohemicum realisiertes Projekt war ein Forschungs- und Dokumentationsvorhaben über das Schicksal sudetendeutscher NS-Gegner. Viele von diesen waren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von jenen Maßnahmen betroffen, die in der Tschechoslowakei gegen die sogenannte „unzuverlässige Bevölkerung“ (Deutsche, Ungarn, „Kollaborateure“) ergriffen wurden. Sie verloren wie die meisten anderen Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft oder wurden enteignet. Dies geschah auf der Basis von Dekreten des ersten Nachkriegspräsidenten der Tschechoslowakischen Republik Edvard Beneš (den sogenannten Beneš-Dekreten). Diese nahmen NS-Gegner eigentlich aus, doch wurden auch sudetendeutsche Antifaschisten aus den Reihen der Sozialdemokraten, Kommunisten oder der katholischen Kirche auf diese Weise behandelt und auch vertrieben. Zudem war die antideutsche Stimmung nach dem Krieg so stark ausgeprägt, dass Zehntausende deutscher Antifaschisten die Tschechoslowakei „freiwillig“ verließen.

Das Forschungsprojekt realisierten das Prager Institut für Zeitgeschichte, das Nationalarchiv Prag, die Jan-Evangelista-Purkyně-Universität in Ústí n. L., das Stadtmuseum Ústí n. L. und das Collegium Bohemicum gemeinsam. In seinem Rahmen wurden verschiedene Aktivitäten entwickelt, in die auch deutsche und österreichische Institutionen und Wissenschaftler involviert waren. Zahlreiche Konferenzen und Seminare wurden organisiert, die Ergebnisse in mehreren Publikationen veröffentlicht. Die Vielfalt der Aktivitäten umfasste Schulprojekte, Filmdokumente, Rundfunksendungen über Antifaschisten aus Deutschland bis hin zu Internetpräsentationen. Am 11. und 12. September 2008 wurden in Ústí n. L. die Ergebnisse des Projekts präsentiert und die Ausstellung „Vergessene Helden“ eröffnet. Zu den Begrüßungsred-

nen gehörte auch der damalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg.

Der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Jiří Paroubek hatte das Projekt als Versöhnungsgeste angeregt, die dann am 24. August 2005 vom tschechischen Kabinett beschlossen wurde. Im Mai 2006 empfing Paroubek offiziell ehemalige Widerstandskämpfer aus den Reihen der damaligen deutschen Bevölkerung. Die Versöhnungsgeste bezog sich allerdings nicht auf die Vertreibung der Deutschen allgemein. Zudem hatte dies keine Änderung der offiziellen tschechischen Position zu den umstrittenen sogenannten Beneš-Dekreten zur Folge. Sudetendeutsche Vertriebenenverbände und CSU-Politiker hatten immer wieder offensiv gefordert, dass die auf die Sudetendeutschen bezogenen Dekrete für ungültig erklärt werden müssten. Manche deutsche Vertriebenenvertreter und Politiker wollten sogar den EU-Beitritt Tschechiens von der Aufhebung der Dekrete abhängig machen.

Dies mag zum Teil erklären, warum die Initiative Paroubeks in Tschechien nicht unumstritten war. So lehnte sie der damalige Präsident Václav Klaus kategorisch ab. Ein solcher Schritt sei „außerordentlich unglücklich und gefährlich“, sagte er laut der „Berliner Zeitung“ vom 14. Juli 2005, denn es werde eine Büchse der Pandora geöffnet. Diese Ansicht teilte die oppositionelle ODS. Der Europaabgeordnete der ODS, Jan Zahradil, vertrat die Meinung, dass der „Konsens der politischen Klasse in Tschechien“ zerstört werde, demzufolge die Diskussion über die Nachkriegszeit mit der im Januar 1997 unterzeichneten Deutsch-Tschechischen Erklärung beendet sei. Der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, bescheinigte dagegen dem tschechischen Ministerpräsidenten laut einer Meldung des deutschen Nachrichtensenders n-tv vom 23. Mai 2006 „großen Mut“, die Seliger-Gemeinde als Vereinigung sudetendeutscher Sozialdemokraten verlieh ihm 2007 den Wenzel-Jaksch-Gedenkpreis. Für die Gegner der Initiative

Paroubeks dürften die lobenden Worte von „sudetendeutscher“ Seite allerdings wohl eher ein Beweis dafür gewesen sein, dass ihre Skepsis mehr als angebracht sei.

Beendet war die Diskussion über die Nachkriegszeit freilich auch weiterhin nicht. Ein im Jahre 2010 veröffentlichtes Buch mit dem Titel „Tragische Erinnerungsorte – Ein Führer durch die Geschichte einer Region“ befasste sich mit der Gewaltgeschichte der Jahre 1938–1945 in Nordböhmen. Die Publikation ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Antikomplex mit dem Collegium Bohemicum. Rund 80 Schülerinnen und Schüler aus Ústí n.L. (Aussig), Kadaň (Kaaßen), Chomutov (Komotau) und Louny (Laun) befragten Zeitzeugen und trugen auch über weit weniger bekannte Gewalttaten viel Material zusammen. Die zweisprachigen Beiträge vermitteln auf diese Weise ein umfassendes Bild von dem gewaltsamen Ende des Zusammenlebens der tschechischen, deutschen und jüdischen Bevölkerung.

Die geschilderten Aktivitäten und Projekte von Antikomplex und dem Collegium Bohemicum sowie weiterer kleinerer Initiativen müssen als zivilgesellschaftliche Basis der tschechischen Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit in Erinnerung behalten werden, wenn es im Folgenden um die in den Medien geführten Debatten über die Vertreibung und an Deutschen begangene Verbrechen geht. Dabei werden auch die historischen Ereignisse ausführlicher erörtert, um die moralische und historiografische Dimension der vergangenheitspolitischen Diskussionen zu verdeutlichen – und damit auch eine Erklärung für den zuweilen heftigen innenpolitischen Streit zu liefern, den die öffentliche Thematisierung der an Deutschen begangenen Gewalttaten wiederholt entfacht.

Debatten in den tschechischen Medien

Fund des Massengrabs bei Dobronín – 2010

In der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 1945 wurden in der kleinen mährischen Gemeinde Dobronín (Dobrenz) nahe Jihlava (Iglau) 15 Deutsche, die meisten von ihnen waren Bauern, mutmaßlich von tschechischen sogenannten Revolutionsgarden ermordet und in einem Massengrab verscharrt. Solche Gewalttaten hat es nach dem Zweiten Weltkrieg in der Tschechoslowakei an vielen Orten gegeben. Das Besondere am Fall Dobronín ist, dass knapp 70 Jahre später, im September 2009, die tschechische Kriminalpolizei Ermittlungen aufnahm. Die deutsche Schriftstellerin Herma Kennel hatte die Untersuchung des Falls indirekt angeregt, weil sie die Tat in ihrem im Jahre 2003 erschienenen dokumentarischen Roman „Bergersdorf“ beschrieben hatte. Der tschechische Journalist Miroslav Mareš schaltete daraufhin die Polizei ein.

Im August 2010 öffnete die tschechische Polizei das Massengrab, das sich auf einer Wiese befand, und entdeckte die Überreste von 13 Menschen. Noch im selben Monat errichteten zwei Dorfbewohner an dieser Stelle ein drei Meter hohes weißes Holzkreuz. Die Polizei nahm Ermittlungen wegen der Tötung der Deutschen auf. Da die Morde in Tschechien verjährt sind, wurde eine Kategorisierung der Tat als „Völkermord / Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ geprüft. Dieser Tatbestand unterliegt keiner Verjährungsfrist. Anfang 2012 wurde dann bestätigt, dass die gefundenen Gebeine von ehemaligen deutschen Bewohnern aus Dobronín und umliegenden Dörfern stammten. Durch den Abgleich von DNA-Proben von Verwandten konnten zwölf Tote identifiziert werden.

Die Entdeckung des Grabes von Dobronín erregte in der tschechischen Öffentlichkeit großes Aufsehen. In zahlreichen Beiträgen befassten sich Jour-

nalisten und Publizisten nicht nur mit diesem konkreten Fall, sondern generell mit der Thematik der Vertreibung, der Gewalt gegen die deutsche Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Auseinandersetzung mit diesen Geschehnissen in Tschechien heute. Die große Mehrheit der Autoren forderte eine schonungslose Aufklärung der Ereignisse und eine offene Auseinandersetzung mit diesem Thema. So widmete sich der Publizist Jan Gebert in einer Beilage der konservativen Tageszeitung „Lidové Noviny“ (Volkszeitung) vom 27. August 2010 ausführlich dem Massengrab von Dobronín, indem er die Ereignisse vom 19. Mai 1945 rekonstruierte.

Gebert ging in seinem Beitrag auch auf die Geschichte des Ortes vor und während des Krieges ein und schrieb über die Rolle des vermutlichen Organisators des Massakers, Robert Kautzinger. Dieser sei als Österreicher aus Wien in den 1920er Jahren nach Dobronín gekommen und habe sich bei den Kommunisten engagiert. Nach der Besetzung durch NS-Deutschland seien Kautzinger und andere Mitglieder der kommunistischen Ortsgruppe von der Gestapo verhört worden. Während seine Genossen allesamt zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht worden seien, sei Kautzinger nach zwei Monaten zurückgekehrt. Möglicherweise hatte sich Kautzinger die Freiheit mit dem Versprechen einer Zusammenarbeit mit den Besatzern erkaufte. Durch die Befreiung Jihlavy durch die Rote Armee erhielt Kautzinger Gebert zufolge die Möglichkeit, das Gerede über eine mögliche Kollaboration zu beenden und sich an die Spitze der örtlichen Revolutionsgarden zu stellen. Diese enteignete die Deutschen und internierte sie in Lagern. Am 19. Mai habe Kautzinger dann die Mordaktion in Dobronín angeführt.

Für Gebert ist es bezeichnend, dass sich kein führender tschechischer Politiker zu dem Grab in Dobronín geäußert hatte, obwohl es sich um einen Massenmord an unschuldigen Menschen handelte. Auch eine Gedenktafel in Postoloprty (Postelberg) in Nordböhmen zur Erinnerung an das größte Nachkriegsmassaker an deutschsprachigen Zivilisten sei im Juni 2010 ohne

offizielles politisches Interesse angebracht worden. Dort waren im Juni 1945 mindestens 736 Männer ermordet worden. Jahrelang wurde über die Errichtung eines Mahnmals gestritten, am 3. Juni 2010 wurde schließlich eine Gedenktafel auf dem Friedhof eingeweiht. Sie enthält die Inschrift „Allen unschuldigen Opfern der Ereignisse im Mai und Juni 1945“. Die Anerkennung tschechischer Nachkriegsverbrechen, so schrieb Gebert vor diesem Hintergrund, habe bisher den Hauch von Landesverrat gehabt; seine Leugnung sei dagegen eine beliebte Art und Weise, Patriotismus zu demonstrieren. In diesem Sinne sei Dobronín offenbar nicht anders als andere Orte in Tschechien.

Der Journalist und Publizist Petr Zídek schrieb am 28. August 2010 in den „Lidové Noviny“ einen Kommentar mit dem Titel „Frühling 1945: Die Zeit der Mörder“. Dieser sei ausführlicher zitiert, weil er zahlreiche Argumente der Befürworter einer offenen Auseinandersetzung mit der Nachkriegsgewalt auf den Punkt bringt: Zídek zufolge gehören die ersten Monate nach der Befreiung im Jahr 1945 zu den dunkelsten Perioden der tschechischen Geschichte. Zur Ermordung von Unschuldigen sei es an Hunderten oder Tausenden weiterer Orte gekommen – und Hunderte ähnliche Massengräber warteten noch auf ihre Entdeckung. Im allgemeinen tschechischen Bewusstsein seien aber nur die größten Gewaltakte bekannt: Der „Brünner Todesmarsch“, das Massaker in Postoloprty, die Gewaltakte von tschechoslowakischen Soldaten bei Obermoschtenitz (Horní Moštěnice) mit 265 Toten (davon 120 Frauen und 74 Kindern) und das Pogrom in Ústí n.L. Allein ein Verzeichnis der Orte, an denen es im Frühling und Sommer 1945 nachweislich zu Morden an Deutschen gekommen war, würde – so Zídek – nicht nur den Rest des Artikels, sondern wahrscheinlich mehrere Seiten der Zeitung füllen.

Das Massaker von Dobronín werde nur deshalb stärker beachtet, weil es bis dato unbekannt gewesen sei und Ortsansässige ihre eigenen Nachbarn ermordet hätten. Ungewöhnlich sei auch, dass einer der vermeintlichen Organisatoren ein Deutschsprachiger aus Wien gewesen sei (eben Kautzinger).

Zídek erinnert an das sogenannte Amnestiegesetz¹, durch das alle Straftaten, die zwischen dem 30. September 1938 und dem 28. Oktober 1945 begangen wurden, straffrei blieben, wenn sie als „gerechte Revanche“ für die Taten der deutschen Besatzer galten. Was eine solche gerechte Revanche sei, habe aber niemand definiert. Einige Taten seien in den ersten Nachkriegsjahren immerhin gerichtlich verfolgt worden. Zídek betont aber, dass mit dem Töten von Deutschen die Repression noch nicht geendet habe, denn das gesamte sogenannte Retributionsgerichtsweisen, in denen zahlreichen Menschen von sogenannten Außerordentlichen Volksgerichten verurteilt worden waren, habe im Widerspruch zu einem rechtsstaatlichen Verfahren und zur Demokratie gestanden.

Die Jahre zwischen 1945 und 1948 könnten als das größte Tabu der tschechischen Diskussion über die Vergangenheit gelten. Während das kommunistische Regime bereits seit 1993 per Gesetz als verbrecherisch definiert sei und ein anderes Gesetz die Zeit seit dem Münchener Abkommen bis zur Befreiung als „Zeit der Unfreiheit“ bezeichne, gelte die sogenannte Dritte Republik (Mai 1945 Februar 1948) immer noch als fast demokratisches System. Dabei seien Maß und Intensität der vom Staat organisierten oder zumindest vom Staat tolerierten Repressionen damals unzweifelhaft höher gewesen als in den 1950er Jahren. Allerdings, so Zídek, könne man von der Untersuchung 65 Jahre nach den Morden nicht erwarten, dass die Täter noch bestraft würden. Von den Verdächtigen lebe wahrscheinlich nur noch einer, außerdem sei die Tat verjährt. Man könne aber die Aufdeckung der Wahrheit und eine moralische Katharsis erwarten. Die zwei Bürger in Dobronín, die am Ort des Verbrechens ein Kreuz zum Gedenken aufgestellt haben, schienen für Zídek auf einem guten Weg zu sein.

1 Gemeint ist das Gesetz Nr. 115/1946 Sb. vom 8. Mai 1946 über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen.

Gegen diese Form der Berichterstattung und Wertung erhob sich allerdings auch Widerspruch. Der Journalist Daniel Kaiser bestritt am 25. August 2010 in den „Lidové Noviny“ dass man in der Vergangenheit zu selten über die Massengräber der Sudetendeutschen berichtet habe, sondern eher im Gegenteil vielleicht zu häufig. So sei in den 1990er Jahren oft über Postelberg und andere Orte berichtet worden. Viele Tschechen würden deshalb negativ auf das Thema reagieren, weil sie nichts mehr davon hören wollten. Die Menschen reagierten „allergisch“ auf das Thema, weil sie es einfach satt hätten, meinte Kaiser. Diese Einschätzung kritisierte wiederum der Publizist und Politologe Bohumil Doležal in einem Kommentar für die „Lidové Noviny“ vom 31. August 2010 mit dem ironischen Titel „Genug von der Abschiebung“. Doležal erinnert daran, dass die tschechische Gesellschaft seit 1945 dem „Mist antideutscher Propaganda“ ausgesetzt gewesen sei – und zwar in dem Sinne, dass im Vergleich zu den tschechischen Sündern die Deutschen noch schlimmer gewesen wären.

Doležal zufolge entspreche es auch nicht der Wahrheit, dass man in Deutschland über die tschechischen Opfer der Zeit vor 1945 nicht sprechen würde. Man tue dies ständig. Allerdings hätten selbst die Deutschen diese „unverschämte tschechische Doktrin über Ursache und Folgen“ übernommen. Wenn sich jemand wie ein „Schwein“ benehme, so gebe dies niemandem das Recht dazu, sich ebenso wie ein „Schwein“ zu benehmen, so Doležal. Die Journalistin Bára Procházková befasste sich in einem Beitrag für die liberale Wochenzeitschrift „Respekt“ vom 30. August 2010 ebenfalls mit dem Massengrab in Dobronín und meinte, dass es noch Dutzende solcher Orte in Tschechien mit einer dunklen Vergangenheit gebe. Der wichtigste Punkt bei den Untersuchungen in Dobronín sei nicht, die Mörder zu benennen, sondern Beweise dafür zu sammeln, dass es fast überall in Tschechien zu Morden an Deutschen gekommen sei.

Tschechische Politiker hielten sich in der Diskussion in der Tat bedeckt. Einer der wenigen von denen, die sich nach dem Fund des Massengrabes in Dobronín äußerten, war der Europaparlamentarier der ODS Jan Zahradil. Dieser reagierte am 19. August 2010 gegenüber dem Internetportal „parlamentnilisty.cz“ auf die Aufforderung von Berndt Posselt an die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Petr Nečas (ebenfalls ODS), die Untersuchung von Nachkriegsverbrechen während der Vertreibung der Deutschen zu unterstützen, folgendermaßen:

„Wir haben uns wieder Probleme eingehandelt. Die pro-sudetendeutschen Aktivisten haben wieder einmal ein ekliges Spiel gestartet, diesmal mit dem deutschen Grab in Dobronín. Mir ist vor der tschechischen Reaktion, diesem Buckeln und dem Schlagen auf den eigenen Kopf, übel.“

Auf seinem Blog auf dem Nachrichtenportal „www.aktualne.cz“ schrieb Zahradil außerdem, die Welle von Entdeckungen, Verurteilungen und der Untersuchung angeblicher tschechischer Nachkriegsverbrechen an der deutschsprachigen Bevölkerung führe in ihrem Ergebnis dazu, die Ursachen und Folgen des Krieges zu nivellieren und die Unterschiede zwischen den Aggressoren und den Opfern zu verwischen. Die Exzesse während der wilden Phase des Abschubs (odsun) sollten und könnten nicht auf der gleichen Ebene behandelt werden wie die gewaltsame Zerstörung des tschechoslowakischen demokratischen Staates und der nachfolgenden Maschinerie von KZs, Hinrichtungen und Folterkammern. Der Blog-Beitrag wurde intensiv im Internet diskutiert, wobei die meisten Kommentare eher eine ablehnende Haltung gegenüber dieser Position einnahmen. Einige gaben ihm Recht, kritisierten aber seinen Stil und seine Wortwahl.

Die Meinung Zahradils wurde vom Militärhistoriker Eduard Stehlík vom Militärhistorischen Institut in einem am 10. November 2011 im Nachrichtenportal „parlamentnilisty.cz“ veröffentlichten Interview zumindest im Grund-

satz geteilt. Er meinte, dass er selbstverständlich die Morde an der deutschsprachigen Bevölkerung in der Nachkriegszeit verurteile, aber wenn man A sage, müsse man auch B sagen:

„Diese Dinge wären niemals passiert, wenn die Sudetendeutschen nicht die Erste Republik zerschlagen hätten und wenn sie nicht sieben Jahre lang systematisch im tschechischen Volk gemordet hätten. Es ist erwiesen, dass etwa die Hälfte der Gestapo, die im Protektorat wirkte, aus Sudetendeutschen bestand.“

Die Sudetendeutschen seien die größten Henker des tschechischen Volkes gewesen und die größten Nazis, von allen NSDAP-Gauen habe es im Gau Sudetenland im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die meisten NSDAP-Mitglieder gegeben. Die Geschichte habe nicht im Mai 1945 begonnen, sondern im September 1938 in München, als die große Mehrheit der Sudetendeutschen die Angliederung der Grenzgebiete an das NS-Reich unterstützt habe. Stehlík ergänzte:

„Es ist zwar abscheulich und eklig, dass sich einige unserer Mitbürger genauso verhalten haben wie die Sudetendeutschen. Andererseits haben die Sudetendeutschen aktiv an der geplanten Auslöschung unseres Volkes mitgewirkt und können sich nicht wundern, dass jemand so reagiert hat, so sehr ich diese Gewalttaten auch verurteile.“

Der Journalist Ondřej Štindl kritisierte wiederum in den „Lidové Noviny“ vom 24. August Zahradil's Äußerungen. Zahradil denke wahrscheinlich, mit solch einer Meinung in der Öffentlichkeit nicht viel zu riskieren. Diese Meinung teilten vermutlich bis zu einem bestimmten Maße auch der Staatspräsident, der Ministerpräsident und wahrscheinlich der große Teil des Parlaments sowie ein bedeutender Teil der Wähler. Aber in diesem konkreten Fall irre sich Zahradil gewaltig und degradiere die Sache des Tschechentums, für die er vorgebe zu kämpfen.

Die deutsche Journalistin Anneke Hudalla, die lange in Tschechien lebte und im Jahr 2010 noch regelmäßig für „Respekt“ schrieb, ironisierte in einem

Kommentar für diese Zeitschrift am 30. August die Aussage Zahradils, der wegen der Berichterstattung über die ermordeten Sudetendeutschen „kotzen wollte“, weil seiner Meinung nach die ganze Debatte darüber falsch sei: „Die ermordeten Deutschen aus dem Massengrab in der Region Iglau sollten sich wirklich entschuldigen. Nicht wegen des Holocaust, sondern dafür, dass sie Jan Zahradil die Ferien verdorben haben“, so Hudalla. Zahradil habe sich selbst zu einem „Helden der Peinlichkeit“ stilisiert. Außerdem kritisierte sie Kaisers Kommentar, dass die tschechische Öffentlichkeit durch diese Berichterstattung bereits übersättigt sei. Allerdings habe es wirklich keinen Sinn, der tschechischen Öffentlichkeit ständig neue Bilder von den Massengräbern zu zeigen, wenn sie nicht bereit sei, nach der Bedeutung dieser Schreckensbilder für die heutige Zeit zu fragen. Dies war für Hudalla die eigentlich wichtige Ebene der Diskussion – nicht nur für die Medien, sondern auch für Wissenschaftler und Politiker.

Am 15. September 2012 wurden die Toten auf dem Zentralfriedhof von Jihlava bestattet. Zum ersten Mal in Tschechien gab es eine Trauerfeier und einen Gedenkgottesdienst für ermordete Deutsche. Nach der Beisetzung sagte der Angehörige Johann Niebler laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 18. September, ein drei Jahre andauerndes Bemühen finde nun endlich einen glücklichen Abschluss. Die Gebeine seines Onkels Franz wurden gemeinsam mit denen von elf weiteren Opfern beerdigt. „Ohne Politiker und ohne Vertriebenenfunktionäre, das war uns wichtig“, sagte Niebler. Nur um einen persönlichen Abschied sei es gegangen.

Weitere Gräber

Dobronín war nicht das einzige Massengrab, über das im Jahr 2010 debattiert wurde. Anfang Oktober 2010 berichteten die tschechischen Medien, dass die

Polizei in Znojmo (Znaim) damit begonnen habe, ein Massaker an elf Sudentendeutschen in Moravský Krumlov (Mährisch Krumau) zu untersuchen, das im Juni 1945 stattgefunden haben soll. Die Wochenzeitschrift „Týden“ (Die Woche) schrieb am 10. Juni 2010, dass die tragischen Ereignisse zwar dokumentiert gewesen seien, die Polizei aber erst im Jahr 2010 Ermittlungen eingeleitet habe. Von Hunderten historisch verbrieften Nachkriegsmassakern auf dem Gebiet des heutigen Tschechien sei erst ein Bruchteil von der Polizei aufgedeckt worden.

Seit 1990 habe man nur sechs Anzeigen gegen unbekannte Täter erhalten, die solche Exzesse begangen haben sollen, wie Pavel Bret, Direktor der Behörde für die Dokumentation und Untersuchung von Verbrechen des Kommunismus (Úřad dokumentace a vyšetřování zločinů komunismu, UDV) in Prag erklärte. Laut Bret gab es Hunderte von Akten über die Nachkriegsverbrechen. Sie stammten aus dem Jahr 1947 und seien von der Polizei seinerzeit ohne politische Einflussnahme untersucht worden. Eine Strafverfolgung der Täter oder eine Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse habe es jedoch nicht gegeben. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 seien dann auch keine Ermittlungen mehr eingeleitet worden.

Der Fall von Moravský Krumlov wurde der Polizei laut „Týden“ im August 2010 gemeldet. Der Bürgermeister der Stadt, Jaroslav Mokrý (ODS), erklärte, es habe sich um einen Mord an unschuldigen Menschen gehandelt – und an jede derartige Tat sollte wenigstens mit einem Denkmal erinnert werden. In der Stadt werde über den Exzess seit 65 Jahren geschwiegen, dabei lebten laut Mokrý sogar noch Zeitzeugen, die auch die Namen der Mörder kennen, wohl aber nicht verraten würden. Der Artikel erwähnt weitere Orte für Nachkriegsmassaker. In Ostrava sollen in einem Massengrab laut historischen Quellen 230 getötete Deutsche liegen, bisher habe sich aber niemand gefunden, der eine Untersuchung anstoßen würde. Die Mitglieder des Ver-

eins, in dem die Deutschen aus Ostrava organisiert sind, hätten darüber nachgedacht. Sie hatten aber wohl auch Bedenken: Der Vorsitzende des Vereins sagte gegenüber der Zeitschrift, dass er bereits nach seinem gegenüber Medien geäußerten Wunsch, die Sache zu untersuchen, zahlreichen hasserfüllten verbalen Angriffen ausgesetzt gewesen sei.

Am 18. Januar 2011 präsentierte der öffentlich-rechtliche Tschechische Rundfunk seine Recherchen zum Massaker im nordböhmischen Podbořany (Podersam) und sendete darüber eine große Reportage. In Podbořany hatten im Juni 1945 sogenannte Revolutionsgarden rund 70 inhaftierte Sudeten-deutsche in einem Wald erschossen. Dem Rundfunkbericht nach handelte es sich bei den toten Deutschen meist um NSDAP-Mitglieder, unter ihnen auch SA- oder SS-Angehörige. Allerdings wurden auch einfache Bürger getötet. Pavel Polák vom Tschechischen Rundfunk hatte die Reportage angeregt. Er hatte erfahren, dass einer der letzten Zeugen des Massakers von Podbořany noch in Bayern lebte. Der Journalist sprach außerdem mit Einheimischen und studierte Unterlagen einer staatlichen Kommission, die nach dem Krieg die größten Exzesse untersucht hatte. Nachdem die Kommunisten an die Macht gekommen waren, sei deren Arbeit eingestellt worden. Heimlich wurden die größten Massengräber exhumiert, die Überreste weggebracht und verbrannt, so Polák. Dies sei vermutlich auch in Podbořany geschehen.

Einige Jahre früher, zwischen 2006 und 2009, hatte es Auseinandersetzungen über eine Form des Gedenkens an Gewalttaten gegeben, die an Deutschen im nordböhmischen Städtchen Nový Bor (Haida) begangen worden waren. Dort waren Anfang Juni 1945 die ersten Deutschen vertrieben worden. Bei Hausdurchsuchungen hatten Soldaten angeblich Waffen und Radiogeräte gefunden. Rund 30 Deutsche wurden festgenommen, von ihnen wählten die Soldaten acht Personen (Frauen und Männer) für eine exemplarische öffentliche Hinrichtung aus. Nach Misshandlungen in der Nacht wurden sie am

Morgen des 2. Juni auf dem Rathausplatz durch eine von einem Oberstleutnant befehligte Abteilung eines Infanterieregimentes erschossen. Die Toten wurden 24 Stunden liegen gelassen und dann in einem Massengrab verscharrt. Ein weiterer Deutscher, Dr. Alfred Träger, wurde am nächsten Tag aus einem Zug mit Vertriebenen geholt und erschlagen.

Im Jahr 2006 hatten die Angehörigen von Träger beim Stadtrat einen Antrag auf die Errichtung eines Gedenksteins in Nový Bor gestellt. Dieser wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Nun erinnern auf dem Waldfriedhof zwei Marmortafeln mit einem deutschen und einem tschechischen Text an die dort namentlich genannten Opfer. Im Jahr 2009 entbrannte eine neue Debatte über den Gedenkstein. Ein Hobbyhistoriker und Stadtabgeordneter der kleinen Partei Suverenita (Souveränität) hatte Dokumente gefunden, laut denen sich unter den Erschossenen zwei NSDAP-Mitglieder und ein SS-Angehöriger befunden haben sollen. Daraufhin formulierten die Kommunisten in der Stadt, der Bund der Freiheitskämpfer und der Legionäre sowie die Vereinigung der Grenzlandschechen (ein kommunistisch geprägter Verband) ihren Widerstand gegen den Gedenkstein.

Wie in anderen ähnlichen Fällen entstand auch hier eine Allianz zwischen kommunistischen, bürgerlichen und sozialdemokratischen nationalen Politikern und Vertretern von Organisationen. So trat im Jahr 2010 der ehemalige Sozialdemokrat und heutige Staatspräsident Miloš Zeman bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit seiner damals neu gegründeten Bürgerrechtspartei (Strana práv občanů, SPO) im Wahlkreis Ústí n.L. an, in dem Nový Bor liegt. Er besuchte die Stadt und sprach sich für die Änderung des Gedenksteins aus. Im Januar 2010 beantragten die Gegner bei der Stadtverwaltung den Widerruf der Entscheidung zur Errichtung des Denkmals. Dies wurde vom Stadtrat unter anderem mit dem Hinweis auf ein Gutachten des Militärgeschichtlichen Instituts in Prag abgelehnt.

Auseinandersetzung in Filmen und Kunstwerken

Dokumentarfilm „Töten auf Tschechisch“

Nicht nur die Funde von Massengräbern entfachten Diskussionen, sondern auch die Auseinandersetzung mit dem Thema in Dokumentar- und Spielfilmen. Für großes Aufsehen, intensive Diskussionen und auch politische Reaktionen sorgten zwei Dokumentarfilme des tschechischen Filmemachers David Vondráček. Am 6. Mai 2010 zeigte das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen um 20 Uhr, also zur besten Sendezeit, den Dokumentarfilm „Töten auf Tschechisch“ (Zabijení po česku). In ihm sind bis dahin unveröffentlichte Amateuraufnahmen zu sehen, die zeigen, wie am 9. Mai 1945 in Prag 40 deutsche Zivilisten erschossen und anschließend von einem Lastwagen überrollt wurden. Die Aufnahmen waren damals zufällig von einem Amateurfilmer gemacht worden.

Wie die Tageszeitung „Mladá fronta Dnes“ (Junge Front heute) am 5. Mai 2010 berichtete, hätten diese Aufnahmen für die späteren kommunistischen Machthaber sehr gefährlich werden können. Die Tochter des Amateurfilmers sagte gegenüber der Zeitung, dass ihr Vater und die Familie die Aufnahmen jahrelang sorgfältig versteckt hätten. Die Behörden wussten dem Bericht zufolge zwar, dass jemand die Erschießungen gefilmt hatte, Nachforschungen seien aber ohne Erfolg geblieben. Nach 1989 vergaß die Familie fast die Existenz des Films. Erst gut 20 Jahre nach der Samtenen Revolution des Jahres 1989 machte die Tochter die Aufnahmen der Öffentlichkeit zugänglich. In Vondráčeks Film wird außerdem der Massenmord im nordböhmischen Postoloprty thematisiert.

Laut einer Meldung der Deutschen Presseagentur (DPA) verzeichneten die Internetforen des Tschechischen Fernsehens und der „Mlada fronta Dnes“ einen Tag nach der Ausstrahlung des Films Tausende Einträge zu

Vondráčeks Film. Die Meinungen reichten laut einem Bericht des Deutschlandfunks vom 1. Juni 2010 von „Die Hinrichtung von unbewaffneten Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen“ bis „Das war nur die kleine Rache dafür, was uns die Deutschen angetan haben“. Der Militärhistoriker Eduard Stehlík, der sich bereits in der Diskussion über die Funde von Massengräbern für eine historische Einordnung der Taten ausgesprochen hatte, sagte gegenüber „Mlada fronta Dnes“, die Ermordung deutscher Zivilisten sei absolut unentschuldig. Man müsse diese aber im Kontext sehen und sich bewusst machen, welche Grausamkeiten fanatisierte Einheiten der Waffen-SS oder der Hitlerjugend während des Prager Aufstandes begangen hätten.

Wie die linksliberale Tageszeitung „Právo“ (Das Recht) am 7. Mai 2010 berichtete, bezweifelte das Militärhistorische Institut, dass die im Tschechischen Fernsehen gezeigten Amateuraufnahmen von hingerichteten Deutschen im Mai 1945 eine Aktion der tschechischen Revolutionsgarden dokumentieren. Vielmehr sei deutlich zu sehen, dass es sich um Angehörige der Roten Armee handele. Stehlík sagte gegenüber Radio Prag in einer am selben Tag ausgestrahlten Sendung: „Es sind eindeutig Angehörige der Roten Armee, die hier eine Gruppe von Zivilisten hinrichten.“ Diejenigen Tschechen, die vor allem auf dem Lande deutsche Zivilisten hingerichtet hätten, seien oftmals Kollaborateure gewesen, die durch ihr brutales Vorgehen beweisen wollten, auf der richtigen Seite zu stehen. In dieser Lesart gingen also die Gewalttaten – die im Kontext der Zeit zu betrachten seien – nicht auf das Konto „anständiger“ Tschechen, sondern lediglich auf das von Rotarmisten und tschechischen Verrätern.

Die Mehrzahl der Journalisten und Publizisten schien diese Sicht nicht zu teilen. So meinte Zbynek Petráček ebenfalls am 7. Mai 2010 in einem Kommentar für die „Lidové Noviny“, es sei gut, dass dank des Filmes nun jeder mit eigenen Augen die ungeschminkte Wirklichkeit des Mai 1945 sehen

könne. Nach 65 Jahren sei aber nicht die dort gezeigte Brutalität das Hauptproblem, sondern die Tatsache, dass durch das Festhalten an den Beneš-Dekreten diese Brutalität bis heute verteidigt und amnestiert werde.

Jiří Hanák schrieb in einem Kommentar für „Právo“ am 7. Mai 2010, dass das tschechische schlechte Gewissen nun endlich offen zutage trete und der gesellschaftliche Heilungsprozess beginnen könne. Über das „Töten auf Tschechisch“ habe man ursprünglich gut Bescheid gewusst, schließlich habe die Nationalversammlung in den Jahren 1946/47 solche Verbrechen untersuchen lassen. Hanák verwies auf weitere Massenmorde: So sei der für ein Massaker an fast 300 Frauen, Kindern und alten Menschen bei Přerov (Prerau) verantwortliche Offizier sogar verurteilt worden. Allerdings habe er nur einen Bruchteil seiner Strafe verbüßt und sei kurz nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Februar 1948 rehabilitiert worden. Das Massaker in Postoloprty sei dagegen nur dokumentiert worden, und der „Brünner Todesmarsch“ sei bereits völlig untergegangen, weil die Brünner Kommunisten ihn organisiert hätten. Anschließend sei ein 40 Jahre langes Schweigen gefolgt.

Die genannten Beispiele seien aber nur die Spitze des Eisbergs. Deutsche seien überall in der Tschechoslowakei ermordet worden, auf Plätzen, in Wäldern und in Sammellagern. Hanák nahm auch Bezug auf die Schätzungen der Gemeinsamen Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission bezüglich der Zahl der Opfer der Vertreibung aus der Tschechoslowakei. Tschechische und deutsche Historiker hatten im Jahr 1996 auf der Basis verschiedener Quellen eine Zahl von mindestens 15.000 und maximal 30.000 Toten ermittelt, nachdem die „Vertreibungsverluste“ aufgrund extrem hoher Angaben von Vertriebenenverbänden und ihnen nahe stehender Publizisten immer wieder für kontroverse Diskussionen gesorgt hatten. Allerdings müssten auch laut Hanák die Ereignisse im historischen Kontext gesehen werden. Ein wilder Pöbel sei kein tschechisches Spezifikum, sondern trete immer dort auf, wo die Staatsmacht noch nicht gefestigt ist. Die Gewalt

könne zudem durch die unglücklichen Aussagen von Präsident Beneš über eine notwendige radikale „Ausliquidierung“ der Deutschen erklärt werden.

Hanák wies zudem darauf hin, dass Tschechien eine sechsjährige NS-Okkupation hinter sich gehabt habe. Auch wenn die Verhältnisse im Protektorat Böhmen und Mähren erträglicher gewesen seien als im besetzten Polen, so sei es kein Geheimnis gewesen, was mit dem aus deutscher Sicht „tschechischen Gesindel“ nach dem Krieg passieren sollte. Der Journalist erinnerte an das erste und zweite Standrecht im Protektorat, die Vernichtung von Lidice und Ležáky, die Gräueltaten, die vor allem junge SS-Männer gegen Kriegsende begangen hatten. Damit könne man zwar die Morde an den Deutschen nach dem Krieg nicht entschuldigen, aber durchaus erklären. Abschließend erinnerte Hanák daran, dass polnische Bischöfe ihren deutschen Kollegen bereits vergeben und ihrerseits um Vergebung gebeten hätten. Sollten sich die Tschechen zu etwas ähnlichem entschließen, wenn das versiegelte Gewissen endlich geöffnet werde, dann werde der Zweite Weltkrieg für Tschechien definitiv enden.

Kritik an der Ausstrahlung des Films kam aus der Politik. Der damalige sozialdemokratische Kreishauptmann des Mährisch-Schlesischen Kreises Jaroslav Palas kritisierte in einem Kommentar für „Právo“ am 10. Mai das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen dafür, dass es am 5. Mai, dem 65. Jahrestag des Prager Aufstandes, diesem keine eigene Sendung gewidmet, aber am 6. Mai zur besten Sendezeit „Töten auf Tschechisch“ ausgestrahlt habe. Der Film zeige zwar Dinge, die nicht hätten passieren dürfen und die unzweifelhaft grausam seien, aber die Gründe, warum es dazu gekommen ist, seien jedem denkenden Menschen klar. Palas weist auf die Millionen Opfer des NS-Regimes hin, auf die Jahre des Leidens und auf eine bis dahin unvorstellbare Gewalt. Dies alles habe bei den Menschen Hass erzeugt und zu verschiedenen Exzessen geführt.

Palas betonte, er wolle nichts entschuldigen, man müsse aber diese tragischen Ereignisse im historischen Kontext sehen. Eine Gleichsetzung einzelner Exzesse mit den vorangegangenen Grausamkeiten und massenhaften Verbrechen des NS-Regimes sei völlig inakzeptabel. Wenn dies gemacht werde, handele es sich um eine schändliche Manipulation. Das Tschechische Fernsehen habe diese Niedertracht faktisch zugelassen. Die Vorsitzende des Tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer, Anděla Dvořáková, warf dem Filmmacher sogar „Zersetzung“ vor. Vor diesem Hintergrund diene der Hinweis auf Kontextualisierung de facto zur Diffamierung der Dokumentation. Dies tat allerdings dem Zuspruch zum Film keinen Abbruch, im Gegenteil: Beim Dokumentarfilmfestival in Jihlava gewann er im Jahr 2010 den Preis der Zeitschrift „Respekt“.

Dokumentarfilm „Sag mir, wo die Toten sind“

Ein knappes Jahr später sorgte David Vondráček mit einem weiteren Dokumentarfilm für Aufsehen, der an „Töten auf Tschechisch“ anknüpfte. Das Tschechische Fernsehen strahlte den Film „Sag mir, wo die Toten sind“ (Řekni, kde ti mrtví jsou) am 28. April 2011 – wieder zur besten Sendezeit – im Abendprogramm aus. Der Film beleuchtet am Beispiel von acht verschiedenen Orten die Ermordung deutscher Zivilisten unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die heutige Suche nach Massengräbern. Als Täter werden in der Regel Mitglieder der Revolutionsgarden bzw. anderer militärischer Einheiten identifiziert. An allen Orten, die der Film zeigt, werden tschechische Zeitzeugen oder die Nachkommen von Zeitzeugen bzw. Angehörige der Opfer befragt. Wiederholt wird erwähnt, dass die deutschen Zivilisten häufig von sogenannten Partisanen ermordet wurden, die sich erst auf die Seite der Sieger geschlagen hätten, als es nichts mehr zu verlieren gab.

Zu Beginn des Films wird der tschechische, aus einer jüdischen Familie stammende Historiker Toman Brod, der Theresienstadt und Auschwitz überlebt hat, gezeigt. Er spricht vor einer tschechischen Schulklasse über die wilde Vertreibung und erklärt, dass die Tschechen nach dem Krieg von Rache geleitet worden seien. Meistens hätten sich aber diejenigen gerächt, die nicht besonders unter der deutschen Besatzung gelitten hätten. Der Film wendet sich dann den acht Orten zu. Zwischendurch sind immer wieder Interviewpassagen mit tschechischen Historikern, Politikern und anderen Personen eingeblendet, die sich allgemein zu dem Thema äußern.

Der Historiker Tomáš Staněk gibt beispielsweise an, dass in den Jahren 1945/46 im Zuge der Vertreibung der deutschen Bevölkerung insgesamt rund 25.000 Menschen ums Leben gekommen seien. Der Theologe Tomáš Halík spricht im Zusammenhang mit den Massengräbern, in denen die Toten verscharrt wurden, über die Bedeutung der Beerdigung für jede Kultur und die seelische Belastung für diejenigen, die bis heute ihre Angehörigen nicht zu Grabe tragen konnten. Der Jurist Jan Kuklík betont die unterschiedlichen Verhältnisse in den von der Roten Armee befreiten Gebieten und in dem von der US-Armee befreiten Territorium, in dem es keine Massaker an Deutschen gegeben habe. Der Senator Jaromír Štětina von der Partei TOP 09 (TOP = tradice, odpovědnost, prosperita / Tradition, Verantwortung, Wohlstand) vertritt die Ansicht, dass sich der Staat der Massengräber annehmen müsse.

Einige der konkreten Ereignissen in den acht Orten seien hier aufgeführt, um die Bandbreite der in dem Film dokumentierten Verbrechen zu verdeutlichen: In Velvěty bei Teplice (Teplitz) berichtet ein tschechischer Zeitzeuge über ein Massengrab mit deutschen Zivilisten. Es habe im Ort ein Lager für Deutsche gegeben, die gefoltert und von denen einige auch ermordet worden seien. Der Historiker Michal Pehr meint, dass dort ca. 80 Deutsche hingerichtet wurden. In Deštné v Orlických horách (Deschnei im Adlergebirge) wurden offenbar 21 deutsche Zivilisten erschossen. Sie waren vorher in einer

Schule interniert worden. Partisanen hatten sie abgeholt und auf einem Feld erschossen. Der Historiker Emil Trojna schätzt, dass im gesamten Gebiet des Adlergebirges insgesamt etwa 2.000 deutsche Zivilisten ermordet wurden. In einem Stadtpark in Ostrava (Mährisch Ostrau) befindet sich offenbar ein Massengrab, in dem nach dem Krieg vermutlich 231 deutsche Zivilisten verscharrt wurden. Die Opfer seien zuvor in einem Sammellager interniert gewesen, in dem die Verhältnisse besonders drastisch gewesen sein sollen. Viele der Erschossenen sollen gefoltert worden sein. Der Film erwähnt, dass es zwei Jahre nach Kriegsende eine staatliche Untersuchung der Verhältnisse im Lager gegeben habe. In Bílina (Bilin) wird die Suche nach einem Massengrab mit erschossenen Deutschen auf dem örtlichen Friedhof erläutert. Ein ursprünglich aus Prag stammender Mann erzählt, wie er sich allmählich für die Geschichte des Ortes zu interessieren begann. Er habe mit Hilfe eines bayerischen Vereins eine Ausstellung über die Geschichte der Deutschen in Bílina organisiert. Der Bürgermeister des Ortes spricht sich in dem Film für einen Gedenkort für die Toten aus.

Spielfilm „Habermann“

Die Jahre 2010 und 2011 waren somit in Bezug auf die filmische Beschäftigung mit dem Thema Vertreibung bemerkenswerte Jahre. Außer den beiden Dokumentarfilmen Vondráčeks kam im Oktober 2010 die deutsch-tschechisch-österreichische Koproduktion „Habermanns Mühle“ („Habermannův mlýn“) des slowakisch-tschechischen Regisseurs Juraj Herz in die Kinos. In Deutschland und Österreich lief er unter dem Namen „Habermann“. Der Film befasst sich unter anderem mit der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung der Tschechoslowakei 1945 in einem Dorf in Nordmähren. Hintergrund ist die historische Person des deutschsprachigen Kleinindustriellen

August Habermann, der mit einer als halbjüdisch geltenden Tschechin verheiratet war und nach dem Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zwischen die Fronten geriet: Die Nationalsozialisten sahen in ihm einen Freund der Tschechen, für die Tschechen gehörte er zu den Besatzern, sodass sich nach Kriegsende der Hass auch gegen ihn richtete.

Angesichts der sich intensivierenden Debatte über die Vertreibung und die aufgefundenen Gräber ermordeter deutscher Zivilisten stieß der Film auf großes Interesse. Er wurde in mehreren tschechischen Medien besprochen – und damit wurde einmal mehr die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung nach dem Krieg thematisiert. Die „Lidové Noviny“ brachten in ihrer Ausgabe vom 16. Oktober 2010 zusätzlich eine Diskussion von zwei Filmkritikern und zwei Historikern bzw. Publizisten über den Streifen. Die Produktion war am ersten Wochenende (16./17. Oktober 2010) der zweiterfolgreichste Film in den tschechischen Kinos.

Die Rezensionen in den Zeitungen fielen verhalten positiv bis positiv aus. Allgemein begrüßt wurde, dass es endlich einen tschechischen Spielfilm gebe, der die Vertreibung der Deutschen und die Taten von Tschechen in der unmittelbaren Nachkriegszeit thematisiere. Für die Wochenzeitschrift „Reflex“ kam der Streifen genau zur richtigen Zeit in die Kinos. Am 17. September 2010 hieß es in einem Online-Artikel, gerade habe der Fund des Massengrabes in Dobronín die Debatte über die tschechische Nachkriegsschuld angeregt, der Film sei nun ein weiterer Beitrag zur Debatte – und zwar ein sehr wirksamer. Die Tageszeitung „Pražský deník“ (Prager Tageblatt) betonte am 7. Oktober 2010, dass es wichtig sei, sich zu dieser Schuld, über die lange geschwiegen worden sei, offen zu bekennen. Der Film sei ein wichtiger Diskussionsbeitrag in einer Zeit, in der in Tschechien verschwiegene Massengräber von ohne Gerichtsverfahren hingerichteten Deutschen entdeckt werden.

Einen Film zu solch einem Thema habe man in Tschechien dringend gebraucht, und „Habermann“ sei hervorragend für das Thema, so auch die Rezension in den „Lidové Noviny“. Viele Tschechen könnten mit dem Film eventuell Probleme haben. Vielleicht hätten sich die Dinge in Wirklichkeit anders abgespielt, aber so ähnlich werde es schon gewesen sein. Die Produktion bewirke eine harte Katharsis. Lediglich die Tageszeitung „Právo“ meinte, der Film biete keine kontroversen oder schockierenden Enthüllungen. Dass Tschechen damals Deutsche ohne Gerichtsprozess ermordeten und deren Häuser plünderten, sei lange bekannt. Es handele sich aber um ein solides Werk.

„Die Kunst zu töten“ – Barbie-Puppen im Dienst der geschichtlichen Aufarbeitung

Eine Auseinandersetzung ganz andere Art mit dem Thema präsentierte Anfang 2013 der Fotograf und Künstler Lukáš Houdek mit seiner Fotoserie „Die Kunst zu töten“. Es ging dabei um Gräueltaten und Massaker an deutschen Zivilisten in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Barbie-Puppen stellte Houdek Szenen von Folterung, Vergewaltigung und Morden nach. Die 25 Fotos bilden dabei gut recherchierte Ereignisse ab, die sich in dieser Weise auch abgespielt haben. Die Fotoausstellung wurde in der Technischen Nationalbibliothek in Prag gezeigt. Sieben großformatige Fotos aus der Bilderserie wurden außerdem am linken Moldauufer in der Galerie ART-WALL ausgestellt – also unter freiem Himmel.

In einem am 19. Februar 2013 veröffentlichten Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“ erklärte Lukáš Houdek, warum er als „Statisten“ Barbie-Puppen ausgewählt hatte: „Viele Tschechen tun so, als wäre nichts passiert, als hätten diese Morde nicht stattgefunden. Der freundliche Gesichtsausdruck der Puppen soll die in der tschechischen Gesellschaft weitverbreitete

Scheinheiligkeit anprangern.“ Mit den uniformen, stets lächelnden Puppen problematisiere er das Konstrukt der Kollektivschuld und eine vereinfachende Zuweisung von Opfer- und Täterrollen. Er wolle die Gewalt an deutschen Zivilisten durch seine Kunst enttabuisieren: „Wir müssen über dieses Trauma – das der Deutschen und das der Tschechen – reden. Nur so lässt es sich überwinden.“

Lukáš Houdek wuchs im westböhmischen Stržbro (Mies) auf, das vor dem Zweitem Weltkrieg mehrheitlich von Deutschen bewohnt war. Seine Eltern waren als Neusiedler in die Grenzgebiete gekommen und hatten sich in einem Haus von vertriebenen Deutschen niedergelassen. Hier begann er bereits als Jugendlicher deutsche Gräber zu fotografieren, die nach Kriegsende mutwillig zerstört worden waren. Mit Hilfe von Archivmaterial und Erinnerungen diverser Zeitzeugen eignete sich Houdek ein umfassendes Hintergrundwissen über die Ereignisse nach dem Zweitem Weltkrieg an. Er war einige Jahre Chefredakteur der Zeitschrift „Romano voďori“, heute leitet er den Verlag für Roma-Literatur KHER und ist Koordinator der Initiative „Hate Free“, die sich gegen Xenophobie engagiert.

Laut Houdek sei Mord aus Hass ein stets aktuelles Thema. In den Schulen werde über die Vertreibung der Deutschen und die Gewalttaten nicht viel geredet. Das Thema Vertreibung komme regelmäßig in die Medien, wenn ein Politiker damit beim „nationalistisch eingestellten Teil der Öffentlichkeit“ Punkte sammeln wolle. Er wolle mit seinem Projekt erreichen, dass die Menschen über die Vertreibung nachdenken, und mehr darüber erfahren. So erklärte Houdek am 7. März 2013 gegenüber dem Online-Portal „aktualne.cz“:

„Ich glaube, unsere Hysterie kann auch damit zusammenhängen, dass wir über dieses Thema nichts wissen. Wir wissen, was uns vom vergangenen Regime immer wiederholt wurde, die schwarz-weiße Wahrheit über die ausschließlich bösen Deutschen und die ausschließlich guten Tschechen, während die Fakten mit dem Stempel ‚geheim‘ in den Archiven verschlossen wurden.“

Gedenken an den „Brünner Todesmarsch“ 2015

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit den Nachkriegsverbrechen an der deutschen Bevölkerung soll am Ende noch auf eine beachtliche Aktion der Stadt Brno (Brünn) anlässlich des 70. Jahrestags des sogenannten Brünner Todesmarsches hingewiesen werden. Der Brünner Stadtrat bedauerte in einer „Deklaration der Versöhnung und gemeinsamen Zukunft“ die Abschiebung (odsun) der Deutschen. Ende Mai 1945 waren rund 20.000 deutschsprachige Bewohner aus der Stadt, vor allem Kinder, Frauen und alte Menschen, Richtung österreichische Grenze vertrieben worden. Dabei waren zahlreiche Menschen an Erschöpfung, Hunger, Krankheiten, aber auch infolge von Gewalttaten gestorben. Die Angaben über die Zahl der Todesopfer schwanken zwischen rund 2.000 und 5.000 Toten. In der Versöhnungserklärung wird der oben angesprochene vermeintliche Widerspruch zwischen dem Gedenken an die Opfer der NS-Besatzungsherrschaft und die deutschen Opfer von Gewalttaten nach Kriegsende aufgelöst. So heißt es dort (zitiert wird aus der in der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ am 21.4.2015 veröffentlichten deutschen Version des Dokuments):

„[...] Wir sind uns der unfassbaren und ungeheuerlichen Verbrechen, die das Naziregime beging[,] bewusst. Zugleich nehmen wir jedoch wahr, dass ein Leid immer Leid bleibt, zu jeder Zeit und unabhängig von wem verursacht.

Wir als Mitglieder der heutigen politischen Vertretung der Stadt verurteilen sämtliche 1939 bis 1945 begangenen Verbrechen und wollen am siebzigsten Jahrestag dieser Brünner-Ereignisse aller Opfer gedenken und sie ehren, um dadurch zum Prozess der Auseinandersetzung mit dem Unrecht beizutragen, das einen erheblichen Teil der damaligen Zivilbevölkerung Brünns betraf.

Unser Anliegen ist die Versöhnung und eine gemeinsame Zukunft. Deshalb wenden wir uns an ehemalige und gegenwärtige Brünner mit folgenden Botschaften:

Wiedemann, Deutsche als Opfer?

Die erste Botschaft ist an diejenigen gerichtet, die von der gewalttätigen Vertreibung betroffen waren. Es ist die Botschaft der Versöhnung.

Die zweite Botschaft richtet sich an uns, heutige Brüner, die in überwiegender Mehrheit nichts Gemeinsames mit diesen Geschehnissen haben, die sich hier vor siebzig Jahren ereigneten. Es geht nicht um Selbstbeschuldigung, sondern um Verantwortung für das heutige und künftige Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster kultureller oder ethnischer Herkunft. Diese Botschaft gibt die Hoffnung, dass sich nichts Ähnliches wiederholen wird, solange wir uns das Bewusstsein von der Unannehmbarkeit der genannten Untaten bewahren und im Stande sind, eine offene Haltung dazu einzunehmen. Es ist die Botschaft für eine gemeinsame Zukunft.

Die Stadt Brünn bereut aufrichtig die Geschehnisse vom 30. Mai 1945 und den nachfolgenden Tagen, als tausende Menschen aufgrund des angewendeten Kollektivschuldprinzips oder aufgrund ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zum Verlassen der Stadt gezwungen wurden. Wir sind uns bewusst, welche menschliche Tragödien sowie Kultur- und Sozialverluste damals passierten. [...]“

Die Stadt Brünn erklärte zudem das Jahr 2015 anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes zum „Jahr der Versöhnung“. Mit verschiedenen Veranstaltungen wurde der Opfer der Kriegs- und Nachkriegszeit gedacht. So fand am 30. Mai 2015 in Erinnerung an den „Brünner Todesmarsch“ ein Gedenkmarsch (in umgekehrter Richtung) von Pohořelice (Pohrlitz) nach Brünn statt. Der Brünner Oberbürgermeister, Petr Vokřál, lud hierzu auch Vertreter der Sudetendeutschen aus Deutschland und Österreich ein. Vokřál ist Vizevorsitzender der liberalen Partei ANO (tschechisch: ja), die seit 2013 als Koalitionspartner zusammen mit den Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung steht. Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang, dass Ende August 2015 auch bei einer Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Pogroms in Aussig, bei der unter anderem der „Sprecher der Sudetendeutschen“ Bernd Posselt einen Kranz niederlegte, eine Vertreterin von ANO (die dortige Bürgermeisterin) anwesend war.

An dem Brünner Versöhnungsmarsch nahm neben Zeitzeugen, den Botschaftern Deutschlands und Österreichs unter anderem auch der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, teil. Anschließend sprach Oberbürgermeister Vokřál auf einem Festakt zu den Teilnehmern. Der Versöhnungsmarsch wurde medial aufmerksam verfolgt, obwohl er bereits zum achten Mal stattfand. In den Jahren zuvor war er allerdings von Brünn nach Pohořelice verlaufen und hatte weniger Teilnehmer gezählt, wie der Organisator Jaroslav Ostrčilík am 30. Mai 2015 gegenüber der Wochenzeitschrift „Týden“ erklärte.

Die Reaktionen auf diese Gedenkveranstaltungen sahen ähnlich wie in den zuvor geschilderten Fällen aus: Medienvertreter urteilten in ihrer überwiegenden Mehrheit positiv, scharfe Kritik äußerten manche Politiker sowie der Verband der tschechischen Freiheitskämpfer unter Verweis auf die Beteiligung von Sudetendeutschen an der NS-Besatzungsherrschaft. Besonders bemerkenswert ist jedoch an dem Versöhnungsmarsch des Jahres 2015, dass hier jahrelanges zivilgesellschaftliches Engagement für eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der zweitgrößten Stadt Tschechiens in ein umfangreiches vergangenheitspolitisches Statement von Lokalpolitikern mündete.

Fazit

Eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Nachkriegsvertreibung wurde in der jüngsten Vergangenheit durch Aktivitäten und Publikationen von Bürgervereinigungen und lokalen Initiativen, durch zum Teil spektakuläre Ereignisse wie beispielsweise den Funden von Massengräbern mit getöteten Sudetendeutschen sowie durch Dokumentarfilme und Spielfilme zur Nachkriegs-

zeit vorangetrieben. Zu beobachten ist, dass es gerade unter jüngeren Tschechen eine zunehmende Bereitschaft gibt, sich mit an Deutschen begangenen Verbrechen auseinanderzusetzen. Insofern hat ein Trend, der für die tschechische Geschichtsschreibung bereits seit den 1990er Jahren zu beobachten ist, auch die Zivilgesellschaft in Form von Organisationen und Initiativen sowie die breitere Öffentlichkeit erreicht.

Neben einer zunehmend kritischen Auseinandersetzung mit der Nachkriegsvertreibung ist aber auch zu beobachten, dass diese Thematik immer noch äußerst umstritten ist. Gut ablesen lässt sich dies an Kommentaren zweier Vertreter der unterschiedlichen Lager, die sich in der Debatte gegenüberstehen: So konstatierte der Politologe und ehemalige Vorsitzende von Antikomplex Ondřej Matějka Anfang 2011 in der „Badischen Zeitung“ vom 31. Januar 2011: „Seit etwa zwei Jahren debattieren die Tschechen die Verbrechen an den Deutschen sehr intensiv. Das ist ein Dauerbrenner, und das ist gut so.“ Unmut über die verstärkte kritische Auseinandersetzung mit den Nachkriegsverbrechen äußerte dagegen einmal mehr der damalige Präsident Václav Klaus. Er monierte, es gebe „zu viele selbstkritische Stimmen“, während die „weitaus schlimmeren Schandtaten der Nazis“ aus dem Blick gerieten.

In den letzten Jahren war außerdem zu beobachten, dass der Themenkomplex Vertreibung und Nachkriegsverbrechen weiterhin mehr oder weniger erfolgreich für politische Zwecke instrumentalisiert werden kann – wenn auch wohl in geringeren Maße als noch in den 1990er Jahren. Mit Hinweisen auf deutsche Täterschaft im Sinne einer Kollektivschuld und dem Verweis auf eine kollektive tschechische Opferrolle meinen viele Politiker immer noch bei den Wählern punkten zu können. Die vergangenheitspolitische Auseinandersetzung verläuft somit zwischen einer kritischen Zivilgesellschaft, die von einem Großteil der Medien sowie von Politikern verschiedener Parteien unterstützt wird, und einem parteiübergreifenden informellen Bündnis von (oft

auch sehr prominenten politischen) Persönlichkeiten, das eine seit 1945 tradierte Sicht verteidigt.

Inwiefern die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung die Meinung von Aktivisten, engagierten (Lokal-)Politikern und zahlreichen Journalisten und Publizisten teilt, ist schwer zu beantworten. Die überwiegende Mehrheit der tschechischen Bevölkerung hält Meinungsumfragen zufolge die Vertreibung und Zwangsaussiedlung für unvermeidlich bzw. gerechtfertigt, verurteilt aber die an Deutschen begangenen Gewalttaten. Bei der jüngeren Generation sei zudem auch bezüglich der Vertreibung eine kritischere Position festzustellen. Abzuwarten bleibt, ob die Dauerausstellung über die Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern im Museum in Ústí n.L. eröffnet wird und dadurch die von der Zivilgesellschaft geprägte Debatte erneut aufflammt. Das Gedenken an den sogenannten Brünner Todesmarsch, das 2015 von Lokalpolitikern und Bürgern gemeinsam initiiert wurde, weist jedenfalls auf eine zunehmend differenzierte Sicht auf die in der Nachkriegszeit an Deutschen begangenen Gewalttaten hin. Insofern hat sich die vergangenheitspolitische Diskussion in Tschechien seit der Jahrtausendwende schon jetzt nachhaltig verändert.

Literatur

- Antikomplex u.a. (Hg.): *Sudetské příběhy / Sudetengeschichten*. Praha 2010.
Antikomplex u.a. (Hg.): *Zmizelé Sudety / Das Verschwundene Sudetenland*. 6., überarbeitete Aufl. Praha 2015.
Brandes, Detlef: *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945*. München 2001, 2. erw. Aufl. 2005.

- Brandes, Detlef / Ivaničková, Edita / Pešek, Jiří (Hg.): *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*. Essen 1999.
- Brandes, Detlef / Kural, Václav (Hg.): *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Für die deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission*. Essen 1994.
- Lindner, Johanna / Malecha, Corinna / Antikomplex (Hg.): *Zůstali tu s námi / Bei uns verblieben. Příběhy českých Němců / Geschichten tschechischer Deutsche*. Praha 2013.
- Staněk, Tomáš: *Poválečné „excesy“ v českých zemích v roce 1945 a jejich vyšetřování [Die Nachkriegsexzesse in den böhmischen Ländern im Jahr 1945 und ihre Untersuchung]*. Praha 2005.
- Staněk, Tomáš: *Odsun Němců z Československa 1945–1947 [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947]*. Praha 1991.